

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 18.12.2014 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

### Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Etablierung von Entsorgung und Recycling von Plastikmüll in Schwellen- und Entwicklungsländern unterstützt.

Zur Begründung trägt der Petent im Wesentlichen vor, dass Plastikmüll ein weltweites Problem sei und in zunehmendem Maße unsere Meere und Küsten gefährde. Plastik benötige viele hundert Jahre, um sich im Wasser komplett abzubauen. Neben nationalen Maßnahmen müsse die Vermüllung der Meere durch Plastik auch als globales Problem wahrgenommen werden. Insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern fehlten zumeist tragfähige Recycling-Konzepte, um die Emissionen von Plastikmüll in die Meere, Flüsse und Seen zu begrenzen. Viele Schwellen- und Entwicklungsländer stünden vor massiven Problemen in der Beseitigung von Plastikmüll.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die vom Petenten eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt und dort diskutiert. Sie wurde von 254 Mitzeichnern unterstützt, und es gingen 11 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Die Bundesregierung hat die Bedeutung nachhaltiger Abfallentsorgungs- und -verwertungsstrukturen für den Schutz der Meere, aber auch für den Erhalt der

Siedlungshygiene und den Aufbau einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft erkannt und fördert bereits in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern nachhaltige Entsorgungs- und Verwertungssysteme. Dies erfolgt auch angesichts der Erkenntnis, dass der unkontrollierte Abfalleintrag (darunter auch Kunststoffe) in Gewässer größtenteils ein Resultat unsachgemäßer Abfallwirtschaft an Land ist. Die Bedeutung von Abfall und Recycling für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wird auch durch die Veröffentlichung des Strategiepapiers „Ressource Abfall“ durch das BMZ im Jahre 2012 unterstrichen, in dem die entwicklungspolitischen Ziele und Maßnahmen umfassend dargelegt werden.

In zahlreichen Partnerländern wurden von der deutschen EZ in den letzten 30 Jahren Finanzierung und Beratung zur Verbesserung der Abfallsammlung und -entsorgung und zum Aufbau von Strukturen für die Verwertung von Abfällen zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung durchgeführt. So hat die deutsche EZ beispielsweise auf den Philippinen Deponien und daran angeschlossene Sortier- und Kompostierungsanlagen finanziert und zu ihrem Betrieb sowie zu einer besseren, getrennten Abfallsammlung beraten. Informelle Abfallsammler auf den Deponien wurden für die Sortierung in angepassten Sortieranlagen eingebunden und können so unter besseren Arbeitsbedingungen Wertstoffe aussortieren und verkaufen. Auch schwer recycelbare, heizwertreiche Abfälle (v. a. Plastikfolien, die ansonsten oft von Deponien verweht und in Gewässer eingetragen werden) konnten durch eine Partnerschaft mit einem Zementhersteller zurückgewonnen und in Zementfabriken energetisch verwertet werden.

Insoweit ist dem Anliegen der Petition also bereits entsprochen worden.

Aktuell gibt es ein regionales Abfallwirtschaftsvorhaben in den Ländern der MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika) sowie Vorhaben mit Abfallwirtschaftsmaßnahmen in Indien, Indonesien, Serbien, Kosovo, Ägypten, Äthiopien, Jordanien und Mexiko. In weiteren Vorhaben spielen die Themen Entsorgung und Recycling als Querschnittsthema eine Rolle.

Dem wachsenden Problem der Abfallbelastung auf die Meeresumwelt begegnet das BMZ mit einer Arbeitslinie zur Verringerung des Abfalleintrags in Gewässer im globalen Vorhaben „Konzepte nachhaltiger Abfall- und Kreislaufwirtschaft“. In diesem Rahmen sollen EZ Projekten Informationen zur Sensibilisierung von Partnerländern und zu erfolgversprechenden Maßnahmen zur Reduzierung des Abfalleintrags zur Verfügung gestellt werden. Mögliche Kooperationsprojekte mit der Kunststoff- und der Tourismusindustrie werden sondiert.

Weiterhin weist der Petitionsausschuss darauf hin, dass das BMZ prüft, in welchen Partnerländern im Rahmen der deutschen Kooperation verstärkt spezifische Maßnahmen zur Reduzierung des Abfalleintrags in die Meere und integrierte Ansätze des Meeresschutzes umgesetzt werden können.

Der Petitionsausschuss begrüßt die Förderung von Entsorgungs- und Verwertungssystemen in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie die weiteren Vorhaben im Bereich von Abfall und Recycling im Rahmen der EZ durch die Bundesregierung. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Tätigkeiten der Bundesregierung in diesem Bereich und mit Blick auf die weiteren Vorhaben der Bundesregierung sieht der Petitionsausschuss keine weitere Veranlassung zum Tätigwerden. Vielmehr werden die Forderungen des Petenten schon weitgehend umgesetzt.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher aus den genannten Gründen, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen bereits entsprochen worden ist.

Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – zu überweisen und sie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, ist mehrheitlich abgelehnt worden.